

PRESSEMITTEILUNG #377 -14. Juni 2022

Sandra Redmann und Delara Burkhardt:

Das Artensterben kam mit Ansage

Zu der vorgestellten sechsten Roten Liste durch das LLUR erklären die Europaabgeordnete, Delara Burkhardt und die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann:

„Das Artensterben kam mit Ansage. Die vorgestellte sechste Rote Liste des LLUR ist dramatisch und zeigt, dass wir uns an einem Wendepunkt befinden. Dennoch ist das Ausmaß dieser Krise noch nicht in allen Köpfen angekommen“, so Sandra Redmann und Delara Burkhardt.

Delara Burkhardt: „Die immer länger werdende rote Liste der bedrohten Brutvögel ist auch auf eine seit Jahrzehnten verfehlte EU-Agrarpolitik zurückzuführen. Noch immer fördern wir primär die Fläche, die ein Hof bewirtschaftet, und nicht seine Leistungen für Umwelt und Klima. Dabei profitieren wir doch alle von genau diesen Naturschutzleistungen - nicht zuletzt die Höfe selbst, da eine zukunftsfähige Landwirtschaft nur in einem intakten Ökosystem Bestand haben kann.“

„Neben der Klimawende benötigen wir parallel eine Biodiversitätswende. Wir brauchen jetzt einen Stopp des Artensterbens. Beides muss zusammen gedacht werden. Krisen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Natur und die Vielfalt zu bewahren, ist unsere Lebensgrundlage auf der alles fußt – auch die Landwirtschaft“, so Sandra Redmann weiter.

„Die Konservativen verschließen vor dem notwendigen Wandel die Augen und machen es sogar noch schlimmer, indem sie die rückwärtsgewandte Flächenprämie in der EU auch für die kommenden Jahre durchgeboxt haben. Damit erweisen sie der Zukunftsfähigkeit unserer Landwirt*innen und dem Naturschutz in Schleswig-Holstein einen Bärendienst. Die rote Liste der bedrohten Brutvögel zeigt dies leider anschaulich.

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung, dass die Biodiversitätsstrategie fortgeschrieben und weiterentwickelt wird. Dafür braucht es mehr Geld und mehr Personal. Und dafür braucht es eines Zusammenspiels von Umwelt- und Naturschutz sowie der Landwirtschaft. Wer heute noch auf die Idee kommt, dass diese Bereiche nicht untrennbar miteinander verbunden sind, verkennt das Problem“, so die beiden Abgeordneten abschließend.